

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Gewerkschaftsmonitor

Juni 2025

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Bosnien und Herzegowina weist eines der komplexesten politischen Systeme weltweit auf. Der schwach ausgeprägte Gesamtstaat gliedert sich in zwei Entitäten – die Föderation Bosnien und Herzegowina (FBiH) und die Republika Srpska – sowie in den eigenständig verwalteten Brčko-Distrikt. Die Föderation BiH besteht aus zehn Kantonen mit weitreichenden Zuständigkeiten, während die Republika Srpska stark zentralisiert organisiert ist. Mit insgesamt 14 Regierungen auf unterschiedlichen Ebenen ist der Staatsapparat unübersichtlich, kostenintensiv und ineffizient. Die politische Struktur ist vom ethnonationalen Proporzsystem und einem Demokratiedefizit geprägt. Dringend notwendige Strukturreformen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Justiz, Wirtschaft und Soziales lassen sich aufgrund weitverbreiteter Blockadememechanismen und einer langsamen, bürokratischen Verwaltung nur schwer umsetzen.

Auf gesamtstaatlicher Ebene setzt sich die aktuelle Regierungskoalition aus fünf Parteien zusammen, die in zentralen Fragen zur Ausrichtung und Zukunft des Landes teils deutlich unterschiedliche Positionen vertreten. In der Republika Srpska verfügt Milorad Dodik mit seiner völkisch-nationalistischen Partei SNSD weiterhin über eine stabile Mehrheit und dominiert die politische Landschaft. Auch in der Entität Föderation Bosnien und Herzegowina ist die Regierungskoalition – ähnlich wie auf Staatsebene – äußerst heterogen zusammengesetzt. Ministerpräsident der Föderation ist seit 2023 der Sozialdemokrat Nermin Nikšić (SDP).

Im Dezember 2022 erhielt Bosnien und Herzegowina den Status eines EU-Beitrittskandidaten, obwohl das Land bis dahin nur einen Teil der 14 von der Europäischen Kommission formulierten Prioritäten erfüllt hatte. Im März 2024 beschloss der Europäische Rat auf Empfehlung der Kommission, Beitrittsverhandlungen mit Bosnien und Herzegowina aufzunehmen.

Beide Entscheidungen sind stark von geo- und sicherheitspolitischen Überlegungen geprägt. Gleichzeitig senden sie ein wichtiges politisches Signal: Die Zukunft Bosnien und Herzegowinas liegt in Europa.

Die EU-Mitgliedschaft bleibt ein gemeinsames Ziel der Mehrheit der Bevölkerung sowie vieler politischer Entscheidungsträger_innen. Trotz der schwierigen Umsetzbarkeit von Reformen steht die Erfüllung der prioritären Anforderungen weiterhin auf der politischen Agenda.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die schwierige wirtschaftliche Situation wird durch die Folgen des Krieges zwischen Russland und der Ukraine verschärft. Der Anstieg vor allem der Energie- und Lebensmittelpreise beeinträchtigt die Lebensrealität und -qualität der Menschen massiv und kündigt weitere schwierige Herausforderungen für die bosnisch-herzegowinische Wirtschaft an. Die Inflation erreichte im Oktober 2022 einen Höhepunkt von 17,5 Prozent, sank dann auf 6 Prozent im Jahresdurchschnitt 2023, lag dann aber Mitte 2025 wieder bei etwa 3,7 Prozent (Juni 2025). Am härtesten trifft es die privaten Haushalte und die kleinen und mittleren Unternehmen, die auf täglichen Umsatz angewiesen sind. Sie machen 97 Prozent aller registrierten Unternehmen in Bosnien und Herzegowina aus und tragen 60 Prozent zum BIP bei. Insgesamt sind 60 Prozent der Beschäftigten in diesem Sektor tätig.

Es liegen keine belastbaren Daten zum Ausmaß der Abwanderung qualifizierter Fachkräfte vor, doch Schätzungen zeichnen ein besorgniserregendes Bild. So haben allein in den vergangenen zwei Jahren rund 200 000 Menschen das Land verlassen. Bereits zuvor war die Situation alarmierend. Bosnien und Herzegowina verlor zwischen 2011 und 2019 etwa 400 000 Menschen, die Bevölkerung schrumpfte von 4,1 Millionen (1991) auf geschätzte 2,7 Millionen heute. Wenig überraschend spielen Rücküberweisungen aus der Diaspora eine große Rolle, sie machen (offiziell) rund 10 bis 14 Prozent des BIP aus. Wichtige Wirtschaftszweige sind die Stromproduktion, die Metallverar-

beitung, die Herstellung von Automobilteilen sowie die Textilverarbeitung (etwa 22 Prozent des BIP).

Gewerkschaften haben in Bosnien und Herzegowina kaum Einfluss auf wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen. Schätzungen zufolge entfällt etwa ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts auf die Schattenwirtschaft, was jährlich zu Steuerausfällen von bis zu 1,5 Milliarden Euro führt. Bosnien und Herzegowina steht weiterhin vor erheblichen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungsquote der 15- bis 64-Jährigen lag 2022 bei rund 45 Prozent. Während etwa 55 Prozent der Männer in diesem Alter einer Beschäftigung nachgingen, waren es bei den Frauen nur rund 35 Prozent – ein besonders niedriger Wert im regionalen Vergleich. Die allgemeine Arbeitslosenquote betrug 2022 etwa 13 Prozent, ging im Jahr darauf aber weiter zurück. Trotzdem bleibt insbesondere die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt schwach: Ihre Erwerbsquote erreichte 2023 kaum über 41 Prozent. Besonders betroffen von Arbeitslosigkeit sind Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren – ihre Arbeitslosenquote lag zuletzt bei über 26 Prozent. Diese Zahlen unterstreichen die strukturellen Schwächen des Arbeitsmarktes, vor allem im Hinblick auf die Teilhabe junger Menschen und Frauen.

Im März 2025 lag der durchschnittliche Nettomonatslohn in Bosnien und Herzegowina bei etwa 780 €. Demgegenüber beliefen sich die monatlichen Lebenshaltungskosten für eine vierköpfige Familie – laut gewerkschaftlich berechnetem Warenkorb – im Februar 2025 auf rund 1 610 €. Das bedeutet, dass zwei durchschnittliche Einkommen nötig sind, um die grundlegenden Ausgaben eines Haushalts zu decken. Dabei ist zu beachten, dass der Durchschnittslohn statistisch verzerrt wird, da er durch vergleichsweise hohe Gehälter im öffentlichen Dienst beeinflusst ist. Die geringe Zahl an Erwerbstätigen, die anhaltende Auswanderung sowie eine zunehmend alternde Bevölkerung verschärfen die Situation zusätzlich und belasten die sozialen Sicherungssysteme erheblich.

In beiden Entitäten Bosnien und Herzegowinas gibt es kein gesetzlich verankertes Mindestlohngesetz. Stattdessen wird der Mindestlohn zu Jahresbeginn jeweils durch einen Regierungsbeschluss festgelegt.

In der Republika Srpska liegt der Mindestlohn seit Januar 2025 zwischen 450 und 650 €, abhängig von Qualifikation und Art der Tätigkeit. Die sehr niedrigen Renten wurden zwar leicht erhöht, bleiben jedoch auf bescheidenem Niveau: Die Mindestrente beträgt etwas über 160 € für Personen mit mindestens 15 Beitragsjahren. Wer 40 Jahre lang Beiträge geleistet hat, erhält seit Januar 2025 rund 320 € im Monat.

In der Föderation setzt sich der Gewerkschaftsbund SSSBiH weiterhin für ein Gesetz ein, das einen monatlichen Mindestlohn von 1 000 KM (etwa 511 €) festschreiben soll. Ein entsprechender Gesetzesentwurf liegt der Föderationsregierung bereits vor, wurde bislang jedoch nicht verabschiedet. Eine Entscheidung darüber steht seit Jahren aus. Zusätzlich sind in der Föderation Änderungen der Gesetze zu Einkommensteuer und Sozialabgaben geplant. Ziel ist es, durch niedrigere Bei-

träge zur Renten- und Krankenversicherung die Nettolöhne der Beschäftigten zu erhöhen und gleichzeitig die Arbeitgeber langfristig zu entlasten.

Auch wenn ein Mindestlohngesetz bislang nicht verabschiedet wurde, hat die Regierung der Föderation Bosnien und Herzegowinas für das Jahr 2025 einen Mindestlohn von 1 000 KM festgelegt. Während Arbeitgeberverbände diese Entscheidung kritisierten, wurde sie von den Gewerkschaften begrüßt. Sie fordern jedoch weiterhin ein entsprechendes Gesetz, um langfristige rechtliche Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen.

Im Mai 2025 wurde zudem eine Rentenerhöhung um 4,5 Prozent beschlossen. Seitdem liegt die Mindestrente bei etwa 306 €. Diese Mindestrente erhielten rund 60 Prozent der Rentnerinnen, was sie in eine Lage absoluter Armut bringt. Über 95 Prozent der Rentnerinnen beziehen weniger als 400 € monatlich – ein Betrag, der kaum zum Leben reicht. Besonders betroffen sind neben den älteren Menschen auch Beschäftigte im privaten Sektor, deren Einkommen häufig nicht zur Sicherung eines existenzsichernden Lebensstandards ausreicht.

Diese Entwicklungen machen deutlich, wie wichtig starke und durchsetzungsfähige Gewerkschaften wären. Dennoch bleiben viele der strukturellen Herausforderungen – wirtschaftliche, soziale, ökologische und politische – im öffentlichen Diskurs weitgehend unbeachtet.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

In Bosnien und Herzegowina verfügen die Gewerkschaften nur über geringen Einfluss auf wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen. Ihre Beteiligung wird meist auf eine beratende Funktion reduziert. Es gelingt ihnen bislang kaum, ihr angeschlagenes öffentliches Ansehen zu verbessern oder breite Unterstützung in der Bevölkerung zu mobilisieren. Zudem stehen die Gewerkschaften unter hohem Druck: Sie führen zähe Verhandlungen mit Arbeitgebern und staatlichen Stellen über neue Branchentarifverträge, während sie gleichzeitig mit internen Spannungen und Zerwürfnissen zu kämpfen haben. Der Versuch, die organisatorische Einheit zu bewahren, verläuft oft nur mit begrenztem Erfolg.

Besonders angespannt ist die Lage in der Föderation Bosnien und Herzegowina. Seit dem gescheiterten Versuch, auf dem Kongress des Gewerkschaftsbundes SSSBiH im Februar 2018 einen neuen Vorsitzenden zu wählen, dominieren interne Konflikte und Machtkämpfe das Geschehen.

Die Legitimität der Wahl von Selvedin Šatorović zum Vorsitzenden im Oktober 2022 wird von mehreren Mitgliedsgewerkschaften infrage gestellt. Infolgedessen organisierten diese oppositionellen Gewerkschaften einen eigenen Kongress – ohne Šatorović – der wiederum von der offiziellen Führung des SSSBiH nicht anerkannt wurde. Während gerichtliche Verfahren zur Klärung der Rechtmäßigkeit der verschiedenen Kongresse laufen, fand 2023 ein weiterer SSSBiH-Kongress statt, an dem erneut nur ein Teil der Mitgliedsgewerkschaften beteiligt war.

Mehreren Gewerkschaften wurde die Teilnahme verweigert, da sie ihre Mitgliedsbeiträge nicht bezahlt hatten. Diese wiederum weigern sich zur Zahlung, solange die aktuelle Führung im Amt bleibt. So verharren die Gewerkschaften in einer verfahrenen Situation, die einem Teufelskreis gleicht, und eine Lösung des Konflikts ist derzeit nicht absehbar. Anfang 2025 organisierte die Gruppe der oppositionellen Gewerkschaften einen eigenen Kongress, auf dem sie den Vorsitzenden der Beamtenengewerkschaft zum neuen Präsidenten des Gewerkschaftsbundes SSSBiH wählten. Auch ein von der internationalen Gewerkschaftsbewegung initiiertes Mediationsprozess konnte bisher keine Fortschritte erzielen.

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Föderation BiH setzt sich aus 18 Mitgliedern zusammen, wobei jeweils sechs Vertreter der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und der Regierung beteiligt sind. Die Mitglieder werden zu Beginn der Amtszeit der Regierung bestimmt. Aufgrund der inneren Konflikte im Gewerkschaftsbund SSSBiH kam es jedoch auch hier zu Problemen, sodass der Sozialdialog lange darunter gelitten hat. Dies führt dazu, dass die Gewerkschaften nicht als glaubwürdige und gleichberechtigte Partner im Sozialdialog wahrgenommen werden.

In der Republika Srpska existiert ein funktionierender Sozialdialog auf Entitätsebene. Die Gewerkschaften setzen sich kontinuierlich für bessere Arbeitsbedingungen ein und können dabei auch einzelne Erfolge vorweisen, auch wenn umfassende Fortschritte bisher ausbleiben. Die Entität Republika Srpska ist zentral organisiert, was auch für den Gewerkschaftsbund dort gilt. Diese Struktur erleichtert in vielen Fällen die Funktionsweise und Koordination. In der Föderation hingegen kam es nach dem Kongress des SSSBiH im Jahr 2018 zu einer Spaltung innerhalb des Gewerkschaftsbundes, was sich unter anderem auf die gewerkschaftliche Vertretung ausgewirkt hat.

GEWERKSCHAFTEN IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Im jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus waren die Gewerkschaften bis Ende der 80er-Jahre fester Bestandteil der elitären Herrschaftsstrukturen und der realsozialistischen Ideo-

logie jugoslawischer Prägung. Mit dem Systemwechsel 1990 änderten sich die Rahmenbedingungen für die Gewerkschaftsarbeit grundlegend und die Gewerkschaften sahen sich mit einer Reihe komplexer neuer Herausforderungen konfrontiert. Angefangen von der Auflösung der bis dahin selbstverständlichen gewerkschaftlichen Privilegien und der quasi Zwangsgliedschaft bis hin zur steigenden Arbeitslosigkeit und den zum großen Teil kriminellen Privatisierungen, die die Industrie des Landes zerstörten.

Für die auch in Bosnien und Herzegowina neoliberal dominierte Gestaltung des postsozialistischen Transformationsprozesses hin zu einer Marktwirtschaft (Privatisierung, Austeritätspolitik) hätte es einer starken Gewerkschaftsbewegung als Gegengewicht bedurft. Bis heute ist es jedoch nicht gelungen, den Wandel im Sinne der Arbeitnehmer_innen zu gestalten – im Gegenteil, die mit dem Systemwechsel verbundenen neuen Formen der Organisationsfreiheit haben deren Organisationsgrad negativ beeinflusst. Verlässliche Zahlen liegen nicht vor. Während die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor gut aufgestellt sind, liegt der Organisationsgrad in der Privatwirtschaft Schätzungen zufolge nur bei rund zehn Prozent.

Der Frauenanteil variiert stark zwischen den einzelnen Branchen. Auf Führungsebene ist er jedoch durchweg sehr niedrig – selbst im Bildungssektor, in dem Frauen rund 90 Prozent der Beschäftigten ausmachen, sind sie in den Gewerkschaftsführungen kaum vertreten.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die politische Teilung des Landes in zwei Entitäten (die Föderation Bosnien und Herzegowina und die Republika Srpska) und den Sonderverwaltungsbezirk Brčko spiegelt sich auch in der territorialen und organisatorischen Trennung der Gewerkschaften in drei Gewerkschaftsbünde wider (Savez samostalnih sindikata BiH – SSSBiH, Savez sindikata RS – SSRS und Sindikat Brčko Distrikta – SBD). Der gesamtstaatliche Dachverband der Gewerkschaften in Bosnien und Herzegowina (Konfederacija sindikata BiH – KSBiH) beschränkt sich auf Kontakte zu internationalen Gewerkschaftsorganisationen. Insgesamt weisen die Gewerkschaften landesweit ein starkes Ungleichgewicht im Organisationsgrad zugunsten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf.

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Bosnien und Herzegowina

Dachverband	Vorsitz/stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Savez samostalnih sindikata BiH – SSSBiH (Bund der unabhängigen Gewerkschaften)	Vorsitz: Selvedin Šatorović (Rechtmäßigkeit seiner Wahl wird jedoch von Teilen der Mitgliedsbranchen angezweifelt)	170 000 *vor der Zersplitterung	Durch den gesamtstaatlichen Dachverband KS BiH im IGB und mit Beobachterstatus im EGB.
Savez Sindikata Republike Srpske – SSRS (Gewerkschaftsbund der Republika Srpska)	Vorsitz: Ranka Mišić	97 000	Durch den gesamtstaatlichen Dachverband Konföderation KS BiH IGB und mit Beobachterstatus im EGB.

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Bosnien und Herzegowina

Branchenverband/Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz/stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Samostalni sindikat osnovnog obrazovanja i odgoja Federacije BiH – SSOOi-OFBIH (Unabhängige Gewerkschaft für Grundschulbildung und Erziehung)	SSSBIH	Vorsitz: Selvedin Šatorović	20 000	EI, ETUCE
Samostalni sindikat državnih službenika i namještenika u organima državne službe, sudskoj vlasti i javnim ustanovama u FBiH – SUFBIH (Unabhängige Beamten- und Justizgewerkschaft Föderation).	SSSBIH	Vorsitz: Samir Kurtović Herr Kurtović zählt zudem zur sogenannten Oppositionsgruppe. Er wurde Anfang 2025 von einer Reihe von Branchengewerkschaften zum Vorsitzenden des Bundes gewählt.	22 000	PSI, EPSU
Sindikat obrazovanja, nauke i kulture Republike Srpske – SONK RS (Bildungsgewerkschaft der Republika Srpska)	SSRS	Vorsitz: Dragan Gnjatić	15 000	EI, ETUCE
Sindikat lokalne samouprave, uprave i javnih službi Republike Srpske (Gewerkschaft der lokalen Selbstverwaltung, der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes der Republika Srpska)	SSRS	Vorsitz: Branko Zelenović	7 000	–

Am einflussreichsten sind derzeit die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (Beamte, Lehrer) sowohl in der Republika Srpska als auch in der Föderation Bosnien und Herzegowina.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Der rechtliche Rahmen für die Gewerkschaftsarbeit in Bosnien und Herzegowina ist weitgehend zufriedenstellend. Das Land hat zahlreiche ILO-Konventionen ratifiziert, darunter das ILO-Übereinkommen 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes. Trotz der bestehenden rechtlichen Voraussetzungen gibt es in weiten Teilen der Privatwirtschaft keine Gewerkschaften. Als Hauptgrund für den geringen Organisationsgrad – und damit für die insgesamt schwache Position der Gewerkschaften – wird Angst genannt. Arbeitnehmer_innen haben Angst, sich gewerkschaftlich zu organisieren, weil sie dadurch Gefahr laufen, unterschiedlichen Sanktionen seitens der Arbeitgeber_innen ausgesetzt zu werden. Das geringe Vertrauen in die Gewerkschaften trägt dazu bei, dass sich in diesem Bereich in der gesamten Nachkriegszeit wenig verbessert hat.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Lage der Gewerkschaften ist insgesamt nach wie vor schwierig. Obwohl bestimmte Erfolge zu verzeichnen sind,

sind sie jedoch zu gering, um von einer substantiellen Veränderung sprechen zu können.

Im Gegensatz zur Entitätsebene, auf der die beiden größten Gewerkschaftsbünde aktiv sind, gibt es auf Branchenebene Beispiele für erfolgreich abgeschlossene Tarifverhandlungen. Im öffentlichen Sektor ist die Tarifbindung vergleichsweise hoch.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die Tatsache, dass Gewerkschaften in verschiedenen soziologischen, politischen oder wirtschaftlichen Umfragen nicht vorkommen, zeigt, dass sie nicht als wichtiger Akteur wahrgenommen werden. In einem schwierigen gesellschaftspolitischen Umfeld versuchen die Gewerkschaften, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und damit der Lebensqualität zu erreichen und damit auch dem starken Abwanderungstrend entgegenzuwirken. Ihre Forderungen bleiben jedoch weitgehend ungehört. Dies spiegelt auch den geringen politischen Einfluss der Gewerkschaften in Bosnien und Herzegowina wider.

Die Gewerkschaften in Bosnien und Herzegowina sind entlang der Entitätsgrenzen organisiert – ihre Struktur spiegelt somit die politische und administrative Gliederung des Staates wider. In der Regel halte sie sich aus parteipolitischen Auseinandersetzungen fern.

andersetzungen heraus. Eine explizite Unterstützung sozialdemokratischer Parteien ist keineswegs selbstverständlich. Vielmehr verstehen sich die Gewerkschaften vor allem als Sozialpartner der staatlichen Institutionen – nicht als parteipolitische Akteure.

Es bestehen zwar informelle Kontakte und mitunter auch eine Nähe zu bestimmten Parteien, insbesondere im öffentlichen Sektor, doch offiziell nehmen die Gewerkschaften bei Wahlen keine aktive Rolle ein und haben als Organisationen keinen direkten parteipolitischen Einfluss.

International sind die Gewerkschaften relativ gut vernetzt. Die Gewerkschaftsbünde SSSBIH und SSRS sind über den nationalen Dachverband Mitglied im IGB und haben Beobachterstatus im EGB. Viele Branchen sind mit ihren europäischen und internationalen Partnerorganisationen vernetzt.

Merima Ejubović, Projektkoordinatorin für Gewerkschaften
im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sarajevo

Sarah Hees-Kalyani, Landesvertreterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bosnien und Herzegowina, Sarajevo

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Constantin Groll, Referent Serbien/Montenegro,
Ukraine, Moldau, Gewerkschaften

constantin.groll@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.